

Haushaltsrede 2025/2026

Dr. Jendrik Suck

Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Dortmund

„Für einen „Dortmunder New Deal!“

Sitzung des Rates der Stadt am 12. Dezember 2024

- Es gilt das gesprochene Wort! -

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Ratsmitglieder,
lieber Herr Oberbürgermeister und liebe Angehörige der Stadtverwaltung,

die letzten Haushaltsberatungen sind noch gar nicht lange her: Im Februar dieses Jahres haben wir den Haushalt für das Jahr 2024 beraten und beschlossen. Jetzt steht heute der Beschluss über den Doppelhaushalt 2025/2026 an.

Ein Doppelhaushalt in Dortmund ist immer das untrügliche Zeichen dafür, dass sich die Wahlperiode dem Ende entgegen neigt und der „alte Rat“ dem „neuen Rat“ durch den Doppelhaushalt die notwendige Zeit zur Konstituierung und der Verwaltung einen sicheren und verlässlichen Rahmen zur Ausübung ihres Handelns gibt. Diese Signale sind für uns als CDU so wichtig wie richtig.

I.

Zugleich geben mir die zweiten Haushaltsberatungen in diesem Jahr die Möglichkeit, auf meine im Februar gehaltene Haushaltsrede zu verweisen, die unverändert Gültigkeit hat, wenn sie:

- zur Vielzahl der Krisen in der Welt und in Deutschland ausführt,
- die bekannte und bewährte Beratung des Haushaltes im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften (AFBL) vergegenwärtigt und
- die erneute Handschrift des Haushaltes durch die Projektpartnerschaft von CDU und Grünen, die damit alle Haushalte dieser Wahlperiode wesentlich geprägt hat, darstellt.

Aus der Themenvielfalt der Anträge von CDU und Grünen und stellvertretend für die schwarz-grüne Handschrift sind exemplarisch zu nennen:

- die weitere Unterstützung des städtischen Klinikums mit 20 Mio. €, womit diesem ganz wichtigen Teil der Dortmunder Daseinsvorsorge in dieser

Wahlperiode insg. 72 Mio. € für Investitionen (neben weiteren investiven Zuschüssen zum Bau Kinderklinik) zugesagt werden,

- differenzierte Hebesätze zur Grundsteuer,
- die Aufstockung des Kommunalen Ordnungsdienstes um 12 Stellen,
- vielfältige Anträge aus dem sozialen Bereich, auch wenn es unmöglich ist, dass die Kommune in jeden Ausfall eintritt, der auf gekürzte oder ausbleibende Bundes- und Landesförderungen zurückgeht. Zumindest punktuell werden wir aber an vielen Stellen helfen können und
- die erneute finanzielle Kompensation aller durch die Politik beschlossenen Haushaltsanträge.

II.

Bevor Sie jetzt vorschnell denken, dass meine Rede damit an ihrem Ende angekommen ist: Ich will mit Ihnen über grundsätzliche Themen sprechen, die – zumindest in Teilen – auch schon Gegenstand vorheriger Haushaltsreden in dieser Wahlperiode von mir gewesen sind:

- die Notwendigkeit der Bildung von Prioritäten,
- die Erwartung der Gesellschaft an uns als Rat, an den Oberbürgermeister und an die Verwaltung,
- der Verlust des Vertrauens in das Handeln von Politik und Verwaltung, wenn Beschlüsse nicht oder nicht zeitnah umgesetzt werden (Delegitimation),
- das Agieren des Oberbürgermeisters und
- den finanziellen Rahmen, in dem all dies erfolgt.

Denn: All diese Punkte sind miteinander verknüpft und entscheidende Puzzleteile des großen Ganzen, das unsere kommunale Welt ausmacht.

III.

Lassen Sie uns aber zunächst eine kleine Zeitreise machen in die Nacht vom 14. auf den 15. April 1912. Wir befinden uns im Nordatlantik auf dem Deck der Titanic, die den Eisberg bereits geschrammt hat, aber deren Kapelle noch weiterspielt, obwohl die meisten wissen, dass das Schiff dem Untergang geweiht ist.

Ich den vergangenen Wochen musste ich im Rahmen der Haushaltsberatungen immer wieder an dieses Bild denken, denn die finanziellen Realitäten sind andere als sie von den Verantwortlichen zum Ausdruck gebracht werden: Die desolate wirtschaftliche Lage Deutschlands bricht sich jetzt auch in den Staatsfinanzen und damit auf der Einnahmenseite unseres Haushaltes Bahn. Die Ausgabenseite wächst derweil immer weiter, wohingegen die Einnahmenseite vor allem mangels Wirtschaftswachstums und den daraus resultierenden Folgen nicht entsprechend mitwächst. Diese Entwicklung wird durch ein von Bund und Land nicht gelebtes Konnexitätsprinzip noch verstärkt.

Nur durch das sogenannte „Schütt aus – hol zurück Verfahren“ aus den Erträgen des von uns durchgesetzten STEAG-Verkaufs in Höhe von 500 Mio. € gelingt es uns, die Haushaltssicherung zu vermeiden. Diese 500 Mio. € sind aber allein ein buchhalterischer Ertrag und kein Zufluss von Liquidität. Mit anderen Worten: Es fließt gar kein echtes Geld. Die 500 Mio. € sorgen allein dafür, dass wir uns Zeit gekauft haben und – um im Bild zu bleiben – an Deck bei guter Musik noch einen letzten Drink nehmen können. Diese „Schütt aus – hol zurück-Konstruktion“ ist sozusagen der letzte Stüdemannsche Kunstgriff, ein Schleier über dem Elend der Dortmunder Finanzen, die in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2029 zu Jahresfehlbedarfen von 686,7 Mio. € mit „Schütt aus – hol zurück Verfahren“ und 1,187 Mrd. € ohne führen.

Dortmund ist mit dieser Gesamtsituation nicht allein. Sie findet sich in vielen Kommunen, in den Haushalten der Länder und auch auf Bundesebene. Sie ist ganz wesentlich das Ergebnis von fehlenden strukturellen Reformen, die für ein tragfähiges Fundament wirtschaftlichen Wachstums zwingend sind. Von einer dringend notwendigen Debatte darüber, das Erwirtschaften in den Mittelpunkt des politischen Handelns zu stellen und nicht bloß Verteilungsdiskussionen zu führen. Denn auch wir in Dortmund können – z.B. für wichtige Bildungs- und Soziale Themen nur das Verteilen, was wir zuvor erwirtschaften.

Lassen Sie uns also die Frage des Erwirtschaftens in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen!

Lassen Sie uns die Dortmunder Wirtschaft fragen, was sie von uns braucht!

Lassen Sie uns die Dortmunder Hochschullandschaft fragen, was sie von uns braucht!

Lassen Sie uns diejenigen Dortmunder und Dortmunderinnen in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen, die als die Mehrheitsgesellschaft jeden Tag dazu beitragen, dass die Stadt funktioniert! Sei es als Mitarbeiter der EDG, als Krankenschwester, als Handwerksunternehmen oder als Polizist ganz genauso wie als mittelständischer Unternehmer, der überlegt, ob er in Dortmund oder in seiner Niederlassung im Ausland investieren soll.

IV.

Hierfür braucht es einen anderen Kurs. Einen Kurs für einen „Dortmunder New Deal“! Dieser kann funktionieren, wenn wir

- politisch die richtigen Prioritäten bilden und die Verwaltung in ihrem Handeln durch Weglassen den notwendigen Handlungs- und Umsetzungsspielraum für die Bearbeitung dieser Prioritäten bekommt bzw. sich schafft,

- wenn die Verwaltungsleitung und damit wäre ich – was wäre auch sonst eine Haushaltsrede der CDU – mal wieder bei Ihnen, Herr Oberbürgermeister entsprechend agiert. In den vergangenen Haushaltreden habe ich Sie kritisiert, Ihnen die Hand gereicht, die übrigens noch immer unverändert ausgestreckt ist, und Sie ermuntert „mehr CDU zu wagen“. Von welcher Perspektive man es auch betrachtet, das Ergebnis spricht für sich:
 - Wieso lässt das kommunale Bürokratieabbauprogramm auf sich warten und warum hat Ihre SPD-Fraktion den entsprechenden Haushaltsantrag von CDU und Grünen in der letzten Woche im AFBL sogar abgelehnt?
 - Warum holen Sie mit der von Ihnen betriebenen Entscheidung, das Gebäude des ehemaligen Versorgungsamts zu kaufen ein weiteres Risiko in dreistelliger Mio. €-Höhe in den Haushalt herein?
 - Wieviel Zeit und Energie hätte es gegeben, wenn Sie sich nicht in Machtproben mit dem Rat über die am Ende entgegen ihrer Pläne doch nicht erfolgte Auflösung des Amtes für Stadterneuerung verloren hätten?
 - Warum fragen Sie den Umgang mit den Grundsteuerhebesätzen bei den Fraktionen ab, um dann eine vollkommen gegensätzliche Vorlage in den Rat einzubringen?
 - Wieviel Kraft und Energie verschleißen Sie bei der Debatte um den für den Drogenkonsumraum vollkommen ungeeigneten Standort an der Küpferstraße?
 - Wann sind Sie gemeinsam mit der SPD-Fraktion sprachfähig, um die dringend notwendige Wirtschaftsflächenstrategie auf den Weg bringen zu können?

Gerade die Prioritätenbildung und ein daraus abgeleitetes folgerichtiges Handeln sind dringend und zwingend. Sie würde dafür sorgen, die Umsetzungsgeschwindigkeit von politischen Beschlüssen sowie das Tempo des Verwaltungshandeln zu erhöhen. Dies wäre das beste Mittel gegen den Verlust des Vertrauens in das Handeln von Politik und Verwaltung (Delegitimation), weil die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt merken würden, dass nicht nur beschlossen, sondern auch umgesetzt, dass nicht nur geredet, sondern auch gemacht wird und dass damit am Ende die Stadt und ihre Infrastrukturen funktionieren.

Wir würden so der Erwartung der Gesellschaft an uns als gewählte Vertreterinnen und Vertreter und der Stärkung der Institution Stadt Dortmund entsprechen. Zugleich würden wir die politische Mitte stärken und die politischen Ränder zurückdrängen. Ein für unsere Gesellschaft und das Funktionieren unseres Gemeinwesens so unendlich wichtiger Punkt.

V.

Meine Damen und Herren,

die CDU hat für ihr kommunales Handeln einen klaren Kurs, eine Haltung und eine genaue Vorstellung davon, wohin sich die Stadt entwickeln muss und wie ein „Dortmunder New Deal“ funktionieren kann:

1. Durch die gleichberechtigte Gewichtung von Ökonomie, Sozialem und Ökologie.
2. Insbesondere der Bereich der Ökonomie muss mehr zum Gegenstand der Debatte und der Beschlusslagen werden. Dies vor allem auch deshalb, weil mit Blick auf uns und unsere Herkunft als Ratsmitglieder ökonomische Expertise im Vergleich zu sozialer und ökologischer Perspektive in diesem Hause unterrepräsentiert ist.

3. Machen wir es doch einfach mal und diskutieren nicht ewig, wie z.B. die Diskussion um die Wirtschaftsflächenstrategie zeigt.
4. Schaffen wir gemeinsam mit der Verwaltung eine „Kultur des Ermöglichens“ und lassen die Verwaltung nicht in einer der Kultur von immer neuen Hürden – wie z.B. in der Bauordnung – verharren.
5. Eine solche „Kultur des Ermöglichens“ sorgt für ein Klima von Innovation und Investition. Von beidem kann unsere Stadt niemals genug haben.
6. Lassen wir uns leiten vom Motto „Die Stadt zuerst“ oder mit anderen Worten: „Was nützt der Stadt am meisten“.

VI.

Ich will zum Ende noch mal auf das Titanic-Bild zurückkommen: Die Schifffahrt hat Lehren aus dieser Katastrophe gezogen und ist danach deutlich sicherer geworden. Es besteht daher auch für uns – aller Krisen zum Trotz – berechtigter Anlass, nicht nur verzagt, sondern auch mit Optimismus in die Zukunft zu blicken. Da sich im städtischen Haushalt alle CDU-Antragsideen wiederfinden, wird die CDU dem Haushaltentwurf der Stadt Dortmund für die Jahre 2025 und 2026 zustimmen.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung danken wir ganz herzlich für ihre Arbeit und ihr Engagement für das Wohl unserer Stadt.

Die CDU übernimmt – stets ausgerichtet am gesunden Menschenverstand – Verantwortung für die Lösung der vielfältigen Probleme unserer Zeit. Packen wir gemeinsam für einen „Dortmunder New Deal“ an!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.